

## Deutschland.

**Berlin, 27. Februar.** Se. Maj. der König empfingen heute Vormittag Se. R. Hoh. den Prinzen Albrecht und nahmen alsdann die Vorträge des General-Lieutenants v. Pöbisch und des General-Adjutanten v. Trosdow entgegen. Zwischen 2 und 3 Uhr besuchten Se. Majestät das Atelier des Professors Stiefel, um ein Bild in Augenschein zu nehmen.

Beide königliche Majestäten besuchten gestern die Treibhäuser des Geh. Kommerzienraths v. J. Maj. die Königin wohnte Abends der kaiserlichen Andacht zum Beginn der östlichen Zeit im Dome bei.

Se. Königl. Hoh. der Kronprinz empfing am gestrigen Vormittag den Fürsten Salin-Horsmar, besichtigte um 3 Uhr das in der Einrichtung begriffene neue landwirtschaftliche Museum in den provisorisch zu diesem Zwecke bestimmten Räumen des Hauses Ecke der Potsdamer Straße und des Schöneberger Ufers und wurde um 5 Uhr bei Herrn Majestäten. Um 8 Uhr versammelte sich um Se. Königl. Hoh. das genannte Comité zur Unterstützung der Nothleidenden in Preußen zu einer Sitzung, der um 10 Uhr ein Souper folgte.

Es soll auf, daß die „Prov. Corr.“ die demnächst zu erwartende Einberufung der Provinzial-Landtage ankündigt, mit ausdrücklicher Ausschließung desjenigen der Provinz Posen. Nach Vermuthungen, die in Abgeordnetenkreisen verbreitet sind, wären für den Fall des Zusammentritts des Posener Landtages aus der Mitte der polnischen Mitglieder derselben Kundgebungen zu besorgen, welche die Regierung aus politischen Rücksichten für den Augenblick zu vermeiden wünschen müsse.

Bei der Königl. Marine sollen zukünftig einjährige Freiwillige, welche Seelen von Beruf sind, wenn sie sich zur Verwahrungscartelle melden, Befreiung ihrer Ausbildung für den gedachten Dienstzeit sofort abkommandirt werden.

Die stattgehabte Erweiterung der Armee hat für dieses Jahr umfangreiche Kasernenbauten in den verschiedenen Garnisonen des Landes bedingt, deren Finanzirung mit Beginn des Frühjahres überall angeordnet ist. Von der Militärverwaltung sind zu dem Zwecke vorläufig eine halbe Million Thaler angeteilt worden.

Der Geh. Ober-Regierungsrath v. Moos, Decernent für das Verordnungswesen im Ministerium des Innern, hat nach einer der „B. B.-Ztg.“ zugegangenen Notiz wegen fortwährender Kränklichkeit den Entschluß zu erkennen gegeben, aus seiner amtlichen Stellung zu scheiden. Nur die Schwierigkeit, einen geeigneten Nachfolger zu finden, soll die Ausführung des Entschlusses noch etwas verzögern.

Wie verlautet, ist es die Absicht der französischen Regierung, den Eingangszoll für Pferde herabzusetzen. Dieser Zoll beträgt jetzt für ein ausgewachsenes Pferd 25 Francs und für ein Fohlen 15 Francs. Beide Auflagen sollen auf 5 Francs ermäßigt werden. Seitens der Regierung sind die landwirtschaftlichen Vorgänge in Frankreich zu gütlichen Äußerungen über dies Vorhaben aufgefordert worden. Wie berichtet wird, entsprechen die eingegangenen Gutachten den Erwartungen der Regierung nicht. Die meisten derselben befürworten die Beibehaltung des jetzigen Schutzzolles für die inländische Pferdeindustrie.

Wie der „R. S. Z.“ mitgeteilt wird, hat der Handelsminister das Aushören der aus der Provinz Preußen nach Berlin gegangenen Nothstandsdeputation um Bewilligung freien Transports für das Saatgetreide, zu dessen Beschaffung die Regierung durch die Forderung von 3 Millionen die Hand bieten will, auf das Bestimmteste abgelehnt.

**Berlin, 27. Februar.** Haus der Abgeordneten. 58. Sitzung. Am Ministerium der Finanzminister. Von dem Abg. Grafen v. Helldorf ist eine Einreichung eines Hypotheken-Gesetzesentwurfes der Antrag, eingegangen, die Regierung aufzufordern, bei der bevorstehenden Reform des Hypothekenwesens 1) die Einrichtung von Hypothekenämtern in Grundlage des Entwurfes einer Hypotheken-Ordnung für Neu-Vorpommern, 2) die Ausfertigung von Grundurkunden nach Maßgabe des eingereichten Entwurfes in Stellung zu nehmen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Berücksichtigung über die geschäftliche Behandlung dieses Antrages unter der Beileitung des Hauses vorläufig ausgesetzt. Die Kommission für den Gesetzentwurf, betreffend die fernere Geltung der Verordnung vom 30. Mai 1849 für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den neuen Landesstellen, ist abgelaufen und dem nachstehenden die Zustimmung zu ertheilen: §. 1. Der im Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Mai 1867, betreffend die Abänderung des Artikels 69 der Verfassungs-Urkunde u. s. w. vorbehaltene Gesetzentwurf über die Bildung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, sowie über die definitive Einführung der Verordnung vom 30. Mai 1849 in den neu erworbenen Landesstellen, soll dem Landtage der Monarchie erst bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft (Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde) vorgelegt werden. — §. 2. Sofern die im §. 1 vorgesehene gesetzliche Regelung nicht früher erfolgt, bleiben bis zum 1. April 1869 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neu erworbenen Landesstellen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai und der Verordnung vom 14. September 1867 in Kraft. — Abg. v. Schöning beantragt als Art. 2: Bis zum Zustandekommen einer anderweitigen gesetzlichen Regelung bleiben für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neu erworbenen Landesstellen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai und der Verordnung vom 14. September 1867 in Kraft. — Berichterstatter v. Denzler legt die Unmöglichkeit dar, jetzt ein definitives Wahlgesetz zu schaffen — was der Sinn des Schöning'schen Antrages sei — und theilt mit, daß auch der Regierungskommission in der Kommission sich mit dem vorgeschlagenen Provisorium einverstanden erklärt habe. — Abg. Graf Schwerin (gegen den Antrag Schöning): Man könnte den jetzigen Zustand in den neuen Provinzen vorläufig fortbestehen lassen, zumal ich glaube, daß die Lage des Dreiklassen-Wahlrechts gestützt ist; wir werden in der einen oder anderen Weise davon zurücktreten und uns dem Prinzipie des norddeutschen Bundes anschließen müssen. Bis dahin könnte das Provisorium fortbestehen.

Abg. v. Schöning: Mein Antrag unterscheidet sich von dem der Kommission dadurch, daß er den Termin (1. April 1869) fortfallen läßt. Der Antrag der Kommission würde eben die Möglichkeit ausschließen, nach jenem Termin in den neuen Provinzen eine Nachwahl vorzunehmen zu können. Ich halte das aber für keinen richtigen Zustand. — Abg. v. Trosdow:

Nur unter der Voraussetzung, daß nichts als ein provisorisches Gesetz gemacht würde, hat diese Seite des Hauses eingewilligt, ein so wichtiges Gesetz bei so weit vorgeschrittener Session zur Verhandlung zu stellen. So viel ich weiß, ist Herr v. Schöning auch Mitglied der Kommission gewesen, und die Kommission hat, so viel ich weiß, einstimmig (hört!) beschlossen, nur ein Provisorium zu beantragen. — Regier.-Kommissioner Graf v. Trosdow: Nach der Auffassung der Staatsregierung schäffte auch das Amendement v. Schöning nichts als ein Provisorium und auch bei der Annahme desselben würde sie sich verpflichtet fühlen, in der nächsten Session einen neuen Wahlgesetz-Entwurf vorzulegen. — Abg. Dr. Waldeck tadelt, daß diese Vorlage so spät eingebracht ist. — Der Minister des Innern: Daß dies Gesetz nicht früher vorgelegt ist, hat seinen Grund darin, daß die ursprüngliche Idee bei der Vorlage die war, ein definitives zu schaffen. Ehe man aber hierüber zu einem Entschluß kam, mußten die Erfahrungen gesammelt werden, die bei den letzten Wahlen sich herausgestellt hatten. Der verspätete Eingang der betreffenden Berichte, ferner die außerordentliche Mühe, die Wahlbezirkordnung zu ändern, endlich die Ausarbeitung des Entwurfes machen es erklärlich, daß sich seine Einbringung so lange hinaufgeschoben. Einbringen aber mußte ich ihn, weil ich durch ein Gesetz dazu verpflichtet war. Für die nächste Session steht natürlich die Sache ganz anders und insofern hat die Regierung ein Interesse hauptsächlich nur daran, für die Zwischenzeit ein Gesetz zu haben. Meine persönliche Ansicht ist allerdings die, daß auch der Schöning'sche Antrag nur auf ein Provisorium hinausläuft und insofern einen Vorzug hat, als er auch für die spätere Zeit Bestimmungen für den Fall trifft, daß auch in der nächsten Session entweder durch Schuld des Hauses oder der Regierung kein definitives Wahlgesetz zu Stande kommt. Da aber darauf hingedeutet ist, daß der Regierungskommission eine zustimmende Erklärung zu dem Kommissions-Entwurf abgegeben, so werde ich bei der Abstimmung persönlich für den Antrag der Kommission stimmen. — Abg. v. Karborski erklärt in seinem und seiner Freunde Namen, für den Kommissions-Antrag stimmen zu wollen. — Abg. v. Schöning: Ich erkläre noch einmal, daß auch mein Antrag nur ein Provisorium bezweckt; ich habe nur den Termin des 1. April 1869 aus dem Kommissions-Antrage gestrichen. (Lebhafte, anhaltende Heiterkeit.) — Ich ziehe meinen Antrag jedoch zurück.

Darauf wird die Kommissionsvorlage einstimmig angenommen. — Es folgen Wahlprüfungen. Abg. Müller (Solingen) berichtet über die Wahl des Abg. v. Bergerroth, der im Wahlbezirk Angermünde-Köpen mit einer Majorität von 32 Stimmen gewählt ist. Es sind gegen diese Wahl verschiedene Proteste eingelaufen. Viele Urwähler beschwerten sich, daß ihnen die Ausübung des Wahlrechtes unmöglich gemacht sei. Bei den Wahlmännern wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, unerhörte Beeinflussungen haben stattgefunden. Referent theilt Einzelheiten mit, die theils mit Entrüstung, theils mit Heiterkeit aufgenommen werden. Die Abtheilung beantragte Beauftragung bis nach erfolgter Untersuchung. Der Aufstellungsantrag wird mit großer Majorität angenommen. — Bezüglich der Wahlen der Abgg. Schenker und v. Zander (W.-S.-R. Kreis) hatte keine der widersprechenden Anklagen in der Abtheilung die Majorität erlangen können. — Referent Graf v. Helldorf hält die vorgeschlagenen Unregelmäßigkeiten nicht für wichtig genug, um die Wahlen zu beanstanden. — Abg. v. Zander vertritt die entgegengesetzte Meinung bezüglich von Zander, und das Haus beschließt mit 138 gegen 122 Stimmen, dessen Wahl zu beanstanden.

Es folgt die Schlussberatung über den Antrag des Abg. v. Bonin: die Regierung aufzufordern: die gesetzliche Regelung der Stellvertretungskosten für diejenigen Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, welche Staatsbeamte sind, baldmöglichst herbeizuführen. — Ref. Windthorst (Weppen) empfiehlt diesen Antrag mit dem Zusatz zur Annahme, bis zu dieser Regelung das bis 1863 bestandene Verfahren wieder eintreten zu lassen. Er motivirt dies folgendermaßen: Den Staatsbeamten im Reichstage werden keine Stellvertretungskosten zur Last gelegt. Ebenso war es bis zu 1863 auch bei denen, welche Mitglieder des Hauses der Abgeordneten waren. Erst seit 1863 sind ihnen die Stellvertretungskosten zur Last gelegt. Wenn die Regierung zur Gleichstellung der Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes und des Abgeordnetenhauses es nicht für zweckentsprechend hielt, hinsichtlich der Letzteren wiederum das bis 1863 bestandene Verfahren eintreten zu lassen, so ersieht es um so dringender geboten, eine gesetzliche Regelung baldmöglichst herbeizuführen, als nach den Erklärungen der Minister des Innern und der Justiz bei der diesjährigen Budgetberatung in den verschiedenen Ressorts nicht einmal gleichmäßig verfahren zu sein scheint. Bis 1863 glaubten Regierung und Landtag, daß die Sache gleich geregelt werden müsse. Die Stellvertretungskosten wurden ohne Bedenken dem Beamten erlegt. Erst später zwang man sie, den Rechtsweg zu beschreiten, und nachdem diesen im Innern der Regierung entschieden hatte, hielt sich dieselbe und war auch formell berechtigt, die Stellvertretungskosten von den Abgeordneten zu verlangen. Hier stellte sich nun die Schwierigkeit heraus, ob die Kosten bis zu jeder Höhe und namentlich einschließlich der Reisekosten für die aus größerer Entfernung herbeigekommenen Stellvertreter zu berechnen seien. Man hat von einem tendenziösen Verfahren der Regierung gesprochen; ich kann nun ohne weitere Beweise nicht glauben, daß sie durch politische Rücksichten geleitet worden sei, sondern sehe ihre bona aude voraus; aber es läßt sich nicht verkennen, daß ein solcher Verdacht leicht erregt werden kann, und ich halte es deshalb im Interesse der Regierung selbst für geboten, einem solchen Zustande ein Ende zu machen. Der Einwand, daß die Maßregel auf die Abgeordneten und die Zusammenfassung des Hauses ohne Einfluß geblieben sei, ist durchaus unbegründet. Eine statistische Zusammenstellung und Vergleichung der Zahl der Verwaltungs- und Justizbeamten beweist, daß die Letzteren seit 1863 nach jeder Wahl in geringerer Anzahl unter den Abgeordneten zu finden waren. Eine solche Einwirkung ist unbedeutend und entspricht weder den Bedürfnissen des Landes noch dieses Hauses. Ein Volk trägt leicht einen derben Faustschlag als solche Mäßigkeit. Nicht ohne Sorge denke ich daran, welche Anklagen ich in der Heimath über die Leistungen der ablaufenden Session gehen soll. Wir haben immer nur Geld bewilligt, aber für organisatorische Gesetzgebung, für den Ausbau des Reichstaates haben wir nichts gethan. (Lebhafte Beifall links.)

Regierungskommissioner v. Schelling: Ich bin nicht ermächtigt, eine Ansicht darüber zu eröffnen, daß die Staatsregierung, nachdem so viele Versuche, die Stellvertretungskosten einer gesetzlichen Regelung entgegenzuführen, gescheitert sind, den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer solchen Regelung für einen geeigneten hält. Sie wird sie jedoch im Auge behalten (Heiterkeit). Bis dahin glaube ich, sie von dem Beschlusse nicht zurückgehen zu müssen, den sie am 22. Dezember 1863 gefaßt und welchen die Justiz der Gerichte als rechtmäßig anerkannt hat. Sie ist weit davon entfernt, die Aufstellung der Stellvertretungskosten als Mittel zu benutzen, um den Einfluß irgend einer Klasse von Beamten in dieses hohe Haus zu verhindern oder zu erschweren (Hoh! Hoh!); sie glaubt aber daran festhalten zu müssen, daß ein Stellvertreter nur da besteht, wo dies nothwendig ist zur Ausführung des dienstlichen Interesses und daß in diesem Falle auch die Kosten von dem betreffenden Beamten getragen werden müssen.

Abg. v. Helldorf: Der Versuch der gesetzlichen Regelung dieser Frage scheint mir doch nicht so ausichtslos zu sein, wie es der Herr Regierungskommissioner dargestellt hat. Ich halte den Weg für den objektiven, den ich im Jahre 1863 vorgeschlagen, daß die gesamten Stellvertretungskosten unter den Staatsbeamten repartirt werden. Die Annahme eines Wahlmandats ist die Übernahme einer öffentlichen Pflicht und der Staatsbeamte sollte ebenso wenig Stellvertretungskosten bezahlen, wenn er als Abgeordneter seinen Wohnsitz verläßt, als wenn er in Amtsgeschäften eine Reise unternimmt muß. Der Erklärung des Herrn Kommissionsführer sage ich

nur hinzu, daß ich, so weit die Frage wir näher getreten ist, mich durch politische Rücksichten nicht habe bestimmen lassen, daß ich vielmehr gebahnt habe nach rein sachlichen Gründen, und nach diesen rein sachlichen Gesichtspunkten werde ich auch ferner handeln, falls die Regierung sich nicht entschließen sollte, einem Antrage des Hauses gemäß, die Frage zu regeln. — Abg. Waldeck: Man kann wohl den Standpunkt, der die Beamten auszuschließen sucht, vertreten, aber dann spreche man dies offen aus und greife nicht zu Mitteln, aber die zu sprechen gerade den davon Betroffenen am wenigsten ist und die der Rebe gar nicht werth sind. Daß es der Regierung wirklich nur darauf ankomme, die missliebigen Beamten vom Hause fern zu halten und nicht die Staatskassen vor einer Belastung zu schützen, beweist das Beispiel eines früheren Abgeordneten, des jetzigen Bürgermeisters von Jena, Blochmann. Dieser wurde zu einer Strafverurteilung verurtheilt, weil er von seinem Wahlkreise den Ertrag der Stellvertretungskosten angenommen hatte. Wenn die Verfassung die Theilnahme der Beamten an den Beratungen des Landtages ohne Urlaub gestattet, so müßte es doch wenigstens den Wählern, die einen Mann für ihre Vertretung am geeignetsten halten, überlassen bleiben, denselben für die zu bringenden Opfer zu entschädigen. Dieser Vorgang legt die eigentlichen Motive jenes Ministerialbeschlusses ganz klar; um derartige Vorgänge für die Zukunft wenigstens unmöglich zu machen, empfehle ich Ihnen den Antrag des Referenten. — Abg. Graf Schwerin: Ich hätte erwartet, daß die Regierung noch mit Gründen für ihren Beschluß von 1863 hervortreten würde. Statt dessen sehen wir von dem ganzen Staatsministerium nur das Mitglied an seinem Platze, welches an diesem Beschlusse keinen Theil genommen hat (den Justizminister). Es verlohnt sich deshalb nicht, neue Motive gegen ihn hervorzuheben, obwohl es nicht schwer wäre nachzuweisen, daß er in direktem Widerspruch mit der Verfassung steht, welche den Urlaub der Beamten für überflüssig erklärt. Der Beschluß war nichts weiter als einer der kleinen Nadelstiche, durch die man die damalige Majorität zu machen hoffte, und stand auf gleicher Linie mit der Presfordannung (Lebhafte Beifall links). — Antragsteller Abg. v. Bonin ist mit den Anträgen des Referenten einverstanden. — Abg. Windthorst erinnert den Regierungskommissioner daran, wie schwer die Tragung der Stellvertretungskosten den schlecht bezahlten Beamten treffe, und fügt unter großer Heiterkeit des Hauses hinzu, daß er die Abwesenheit der Minister, so gern er sie sonst sehr nicht bedauern, sondern nur als ein humides Zeugniß für die Unhaltbarkeit des Ministerialbeschlusses von 1863 betrachten könne. — Der Antrag des Referenten (identisch mit dem Antrage Bonin) wird in seinem ersten Theile fast einstimmig, der Zusatz gegen eine starke Minorität angenommen, zu der auch v. Binde-Minden, Dr. Braum und Gauger gehören. Schließlich wird die Petition, die Mitten der Insel Ost betreffend, der Regierung überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: eine große Reihe rührender Berichte.)

**Breslau, 25. Februar.** Die „Schles. Ztg.“ schreibt: Sicher Nachrichten zufolge wird das 50jährige Dienstjubiläum des Ober-Präsidenten Freiherrn v. Schleinitz am 18. Juni d. J. begangen werden.

**Hamburg, 26. Februar.** Wie man hört, beabsichtigt der Rbeber Elomay in den nächsten Tagen nach Newport zu reisen, um den „Leibsch“, der noch immer „an der Kette“ liegt, zu erlösen.

**Mecklenburg-Schwerin, 26. Februar.** Die tief eingreifende Maßregel der Vererbung der Domänenbauern ist dem Vernehmen nach jetzt so weit gediehen, daß das Kammer-Kollegium, welches von dem Finanz-Ministerium zum Bericht über die Finanzirung der Sache aufgefordert worden, nach eingehenden Beratungen zu übereinstimmenden Beschlüssen gelangt ist und demnach die Oberbehörde gegenüber mit bestimmten Vorschlägen hervortreten wird. Man glaubt, daß noch im Laufe des Frühjahrs mit der Vererbung, welche vortheilhaft vorgekommen werden soll, wird begonnen werden können. — Der Advokat Schwerdtfeger in Schwerin ist zum Hofrath, der Auditor Sufferott in Wismar zum Bürgermeister und Stadtrichter in Laage ernannt worden.

## Ausland.

**Wien, 27. Februar.** Im Abgeordnetenhaus brachte der Finanzminister einen Theil des Landesbudgets, der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf bezüglich der Aufhebung des Staatsschatzes ein. — In Betreff der Petition der Nationalbank wegen des Vertragsbruchs der Regierung durch Emission von Staatsnoten beschloß das Haus, den Finanzminister aufzufordern, mit der Bank über diesen Gegenstand zu verhandeln, die Beschwerden der Bank zu prüfen, ein Abkommensentwurf auszuarbeiten und dem Hause der Verfassung gemäß eine Vorlage über die Verhandlungen zu machen. Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung geneigt sei, die Aktionäre der Bank zu entschädigen; es sei jedoch eine vorübergehende Einigung mit dem ungarischen Ministerium erforderlich. Die Lösung der Bankfrage sei zur Herstellung der Valuta nothwendig. Trotz dem er wenigstens eine theilweise Befriedigung des Defizits hoffe, sei jedoch die Herstellung der Valuta äußerst schwierig. Der Finanzminister äußerte schließlich, daß er eine umfassende Enquete über die Bankfrage für nothwendig halte und erklärte, daß er obigen Anträge zustimme.

**Paris, 27. Februar.** Der „Constitutionnel“ sagt: Da die Mächte nicht genügt sind, die Verletzung bestehender Verträge durch revolutionäre Parteien zu gestatten, haben sie die Regierungen von Rumänien und Serbien von dieser Bestimmung in Kenntniß gesetzt. Der „Constitutionnel“ hält sich für überzeugt, daß die Mächte gerade aus Sympathie mit den christlichen Bevölkerungen des Orients bei dieser vorsorglichen Politik trotz der Deklamationen der Demagogen-Blätter von Bukarest und Belgrad beharren werden.

**Genève, 27. Februar.** Dementi: entgegen alle Gerüchte über eine angebliche Störung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich.

**Florenz, 27. Februar.** Der Marquis Filippo Oldoini ist zum italienischen Gesandten beim Hofe zu Lissabon ernannt worden. Der selbe ist zunächst nach München abgereist, um dem bayerischen Hofe, wo er als dahin acredited gewesen, sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Der Marquis Migliorati wird sein Nachfolger auf dem Gesandtschaftsposten in München.

**London, 25. Februar.** König Georg läßt durch seine Bevollmächtigten hier alle jene Geldposten einbringen, welche nicht zu den Staatsgebern gehören, die nach dem Vertrage mit Preußen



zurückgefordert worden, sondern als sein Privateigentum ihm verbleiben und im Juni 1866 nach England befördert wurden. Diese Summen werden nach Helsing geschickt, so daß hier kein Vermögen des Königs zurückbleiben wird. Es liegt darin wohl ein bestimmter Hinweis, daß König Georg nicht Wlens erscheint, seinen Aufenthalt nach London zu verlegen.

Der Konflikt in Nordamerika zwischen Präsident Johnson und dem Kongreß erregt hier das größte Interesse. Die Sympathien für jenen sind hier geringe, seitdem man weiß, daß er, zur Förderung seiner persönlichen Politik und im Widerspruch mit Seward, die Alabamafrage in den Vordergrund drängen wollte; und deshalb wurden es in England Wenige bedauern, wenn er in Anklagestand versetzt und, in Folge dessen, seines Amtes zeitweilig enthoben würde. „Daily News“ hält diesen Fall für sehr wahrscheinlich, nachdem der Präsident es darauf angelegt habe, selbst die gemäßigtesten Mitglieder des Kongresses durch seine Stillschaltung zum Ausruhen zu treiben.

**Madrid, 26. Februar.** Es heißt, daß der neue Finanzminister den Plan zu einer Kreditbank ausgearbeitet habe und den Cortes vorlegen werde. — Die amtliche „Gaceta“ sagt, daß die schwebende Schuld im Monat Januar d. J. um 29,830,389 Reales vermindert ist.

**London, 27. Februar.** Der Minister ohne Portefeuille Walpole hat seinen Austritt erklärt. — Es gehen Gerüchte, daß die Königin dem Grafen Derby die Herzogwürde angetragen habe. — Der vorliegende Magistrat des Polizeigerichtshofes in der Beow Street, Sir Thomas Henry, verweigerte heute, dem Ansuchen des Jamaica-Comitês auf Ausfertigung eines Verhaftesbefehls gegen den gerade in London gegenwärtigen ehemaligen Gouverneur der Insel, Eyre, zu willfahren.

**Athen, 20. Februar.** Der Athenerische Korrespondent der „Times“ charakterisiert das neue griechische Ministerium, was die Persönlichkeiten desselben betrifft, als das tüchtigste, welches Griechenland unter dem Könige Georg noch befehlen habe. Was die Politik dieses Ministeriums sein werde, das weißt nicht noch Niemand; denn wie immer ein griechisches Ministerium zusammengepflegt sei, der König habe doch stets die erste Stimme und zwar verlange, es die öffentliche Meinung in Griechenland, daß dem so sei. Dabei weist er einen Rückblick auf die vielen Cabinetwechsel, welche während der jetzigen Regierung des Königs Georg schon stattgefunden haben, und stellt die Thatsachen zusammen, daß seit dem 30. October 1862, dem Tage der Thronbesteigung Georgs, schon 16 Cabinetts an der Spitze des Staates standen, in welchem, obwohl das Ministerium nie aus mehr denn 7 Mitgliedern zusammengesetzt war, 90 Wechsel von Portefeuilles stattgefunden haben. Unter diesen 90 wurden 30 Personen neuerdings zu Ministern befördert. Aus diesen Zahlen erhellt, daß politische Parteien ganz unmöglich seien, und daß ein griechisches Ministerium sich unter den jetzigen Umständen keine feste Politik vorzeichnen könne. Bei jeder Politik indessen sei die Ansicht der kleinen, aber besonnenen Partei in Griechenland die allein richtige, welche die Meinung vertritt, daß mit bloßem Schiffbau, mit Rüstkungen und mit einer fortgesetzten kriegsartigen Politik gegen die Türkei Griechenland nicht auf einen grünen Zweig kommen werde. Sparen, sparen, sparen! sei die Hauptaufgabe, denn schließlich werde doch die Zukunft der griechischen Monarchie von ihrer finanziellen Lage abhängen.

**St. Petersburg, 27. Februar.** Auf den Antrag des Ministeriums ist durch Kaiserlichen Befehl die sofortige Unterdrückung der Zeitung „Moskovitsch“, des Organs der Panflovisten und der absoluten Schutzpolizei, verfügt worden. Der Reichskontrollleur hat dem Reichsrath das Effectivbudget für 1866 eingereicht. Die außeretatmäßigen Ausgaben für das Kriegsministerium betragen 13 Millionen, für das Bauten-Ministerium 5 Millionen und für das Marine-Ministerium 1½ Millionen Rubel.

**Alexandria, 20. Februar.** Ein wüthender Orkan hat die Küste heimgesucht. Der Dampfer der Peninsular-Company „Nipon“ aus Marseille wurde zwei Tage lang außerhalb der Rade durch das Unwetter festgehalten und schließlich mit Loosensbeifand in den Hafen geschafft. — In Bouakch wurde gestern Abend ein Erdbeben verspürt.

### Vomern.

**Stettin, 28. Februar.** (Sigung der Polytechnischen Gesellschaft am 21. Februar.) Vorsitzender Herr Dr. Delbrück. Herr Obermaschinenmeister Kreisfischer bemerkte zu dem letzten Protokoll, daß das von ihm erwähnte Homogenmetall ein Mittelglied zwischen Schmiedeeisen (nicht Roheisen) und Stahl sei. Herr Dr. Most hielt hierauf einen längeren Vortrag über die neueren Ansichten von dem Wesen der Wärme. Redner ging davon aus, daß unter allen den Menschen nutzbar gemachten Naturkräften die Wärme die wichtigste sei; es sei daher von hohem Interesse, nach den Ursachen derselben zu forschen. Die durch Reibung fester Körper gegen Gase entstehende Wärme erkläre das Glühen der Meteore bei ihrem Durchgange durch die oberen Schichten der Luft. Bei dem Durchdringen der Electricität durch die Zwischenräume oder Atome (kleinsten körperlichen Theile) eines Metallstrahles erfahren diese Atome selbst eine solche Reibung, daß der Draht glühend wird; auch andererseits erzeugt Wärme wieder Electricität, was Redner an einer thermo-electrischen Säule, verbunden mit einem Multiplicator und einer astatischen Nadel durch den Ausschlag der letzteren zeigte. So gehe eine Naturkraft in die andere über, und man könne wohl fragen, wo ist das Bleibende in dem Wechsel der Erscheinungen? Die Physik antwortet hierauf: das Bleibende ist die Arbeit. Die Arbeitsgröße bleibt stets dieselbe, die Arbeit selbst ist unveränderlich, nur kann sie in verschiedenen Erscheinungsformen auftreten. Die Arbeit aber sei das Produkt aus Last und Weg der Last; die Größe derselben wird gemessen durch die Masse des bewegten Körpers und seine Geschwindigkeit, so zwar, daß bei einer doppelten Geschwindigkeit dieselbe Masse Arbeit größere Arbeit verrichtet, bei einer dreifachen eine 3mal größere u. s. w. Man nennt dies die lebendige Kraft des Körpers. Das Licht ist nichts weiter als sichtbare Wärme und entsteht ebenfalls durch die Bewegung der kleinsten Theile eines Körpers. Wird ein in Bewegung begriffener Körper in seiner Bewegung gehemmt, so wird jedesmal Arbeit in Wärme resp. Licht umgesetzt. Würde unsere Erde plötzlich in ihrer Bewegung gehemmt, so würde sich dadurch so viele Wärme entwickeln, als erzeugt wird bei der Verbrennung von 14 Kohlenstoffkugeln, jede von der Größe der Erde; würde die Erde auf die Sonne fallen, so würde die dadurch erzeugte Wärme der gleich sein, welche 5600 solcher Kohlenstoffkugeln beim Verbrennen erzeugen. Einige Physiker haben deshalb auch die Sonnenwärme aus dem Falle der Meteore auf die Sonne zu erklären gesucht. Hat sich die Sonne nach der Laplace'schen Hypothese aus dem Urnebel bis zu ihrer jetzigen Größe zusammengezogen, so haben sich dadurch 17 Millionen Grad Wärme entwickeln müssen; die höchste bekannte Temperatur aber ist + 8000° C. Auf verschiedenen Wegen, welche Redner näher erläuterte, haben J. R. Mayer (Arbeit in Heilbrunn), Joule in England und Hirn in Calmar das sogenannte mechanische Aequivalent der Wärme gefunden, worauf sich obige Angaben stützen. Die Wärmeinheit ist hierbei diejenige Wärmemenge,

welche nöthig ist, um die Temperatur von 1 Kilogramm Wasser um 1° C. zu erhöhen; diese selbe Wärmemenge ist aber gleich einer mechanischen Arbeit von 424 Kilogramm, d. h. einer Arbeit, bei welcher 424 Kilogramm 1 Meter hoch oder 1 Kilogramm 424 Meter hoch gehoben wird. Nach der seit 20 Jahren ins Leben getretenen neueren Ansicht über das Wesen der Wärme, welche in den letzten Jahren durch Joule, Clausius, Zeuner u. A. noch weiter ausgebildet ist, ist Wärme als innere Arbeit und die mechanische Arbeit als äußere Arbeit aufzufassen. Diese Hypothese ist dadurch als wahr bewiesen, daß sie im Stande ist, alle Erscheinungen der Wärme zu erklären, was bei der früheren Ansicht von einem Wärmestoff nicht der Fall war. Befinden sich die Atome der Körper in schwingender Bewegung, so hat der Körper Wärme; diese ist gleichbedeutend mit Bewegung der Atome. Ein absoluter Stillstand der Atome könnte nur bei der niedrigsten Temperatur stattfinden, nämlich bei — 273,8° C.; bei steigender Temperatur gerathen die Atome in schwingende Bewegung; je höher die Temperatur steigt, desto schneller werden die Schwingungen; hierdurch erfolgt eine Ausdehnung der Atome, d. i. die Ausdehnung des Körpers durch die Wärme. Hieraus erklären sich auch die Erscheinungen bei gasförmigen Körpern und die Sättigung eines luftleeren und eines luftgefüllten Raums mit Dampf bei einer und derselben Temperatur, nur geht die Sättigung im letzteren Falle langsamer vor sich, als im ersteren Falle: der Sättigungspunkt bleibt derselbe, es gehen also dann ebenso viel Dampf-atome nach oben, als nach unten. Hieraus ist nun aber auch das Hauptgesetz der Gase abzuleiten: das Mariotte-Gay Lussac'sche Gesetz, nach welchem der Druck oder die Spannung eines Gases proportional ist der Dichtigkeit des Gases und abhängig von der Temperatur; der Druck eines Gases gegen einen Stempel entspricht der lebendigen Kraft seiner Atome. Unsere Dampfmaschinen arbeiten meist mit gesättigtem Dampf, es ist daher für die Technik von hoher Wichtigkeit zu erfahren, welches der Zusammenhang ist zwischen dem Drucke eines gesättigten Dampfes und seiner Temperatur. Es giebt allerdings zahlreiche empirische Formeln dafür, aber nur eine allein kann das Gesetz richtig darstellen, diese ist noch zu finden; sie wird erst dann gefunden sein, wenn man das Gesetz der gegenseitigen Anziehung der Dampf-atome kennen wird. Aber auch die Erscheinungen der strahlenden Wärme sind durch die mechanische Wärmetheorie zu erklären. Im Weltraum, also auch zwischen Sonne und Erde befinden sich der Aether, welcher die Wärme überträgt. Seine Atome und Moleküle sind noch viel kleiner, als die der wässrigen Massen: in einem Kubikmillimeter Luft befinden sich nach genauen Messungen 866 Billionen Luftmoleküle; diese stoßen sich gegenseitig ab. Durch die Einwirkung der Sonne geräth der Aether in Schwingungen und nach Maßgabe der Geschwindigkeit derselben entsteht aus ihnen strahlende Wärme, oder dunkles Licht, sichtbare Wärme oder Licht vom rothen (mit 480 Bill.) bis zum violetten (mit 760 Bill. Schwingungen in der Sekunde), endlich die chemisch wirksamen Strahlen mit noch größerer Geschwindigkeit. Redner erläuterte sodann das verchiedene Absorptions- resp. Emissionsvermögen der Körper an einem Apparate. Schließlich erwähnte er die Wichtigkeit der von Regnault und Magnus nachgewiesenen Wärme- und Absorptionsfähigkeit des Wasserdampfes in unserer Luft für die Fruchtbarkeit der Länder; diejenigen Länder seien die fruchtbarsten, welche eine feuchte Atmosphäre haben, weil diese die von der Erde ausstrahlende Wärme conserviren. Daher rühre auch der große Reiz der Forsten, indem diese die Feuchtigkeit ansammeln und aufbewahren. — Herr Dr. Delbrück knüpfte an diesen anregenden und belehrenden Vortrag den Wunsch, daß von Seiten der Techniker einige Mittheilungen über die vielfachen Anwendungen dieser neueren Wärmetheorie auf die Technik gemacht würden. — Zwei Fragen über die Patent-Gasbrenner und die Konstruktion der Vorrichtungen zu Bergwerkszwecken wurden für die nächste Sitzung vertagt. Auf die Frage: wie wird sein gemahlener Gyps in Düngeergyps verwandelt? wird bemerkt, daß der erstere unmittelbar, ohne Weiteres als Düngeergyps gebraucht werde. Herr Obermaschinenmeister Kreisfischer erläuterte sodann durch Zeichnung und Beschreibung zwei Verbesserungen resp. Vereinfachungen des Giffard'schen Injektors oder der Dampfstrahlpumpe, im Anschluß an die Bemerkungen der Herren Dr. Most und v. Boguslawski über die Verwerthung der Wärme bei den Maschinen. Eine Verbesserung ist die von Schaeffer, sie besteht in einer verstellbaren Dampfzuleitung und ist für solche Fälle anwendbar, wo ein Anheben des Wassers notwendig ist; die andere rührt von Schauer her, ist ohne alle verstellbare Theile und Stopfbüchsen, aber nur für solche Fälle brauchbar, wo das Vorwärtswasser höher liegt, als der Injektor. Das vorgewärmte Wasser darf aber nicht wärmer als 30° R. sein. Die Wirksamkeit bei den Apparaten besteht darin, daß der aus einer Döse heraus-tretende Dampf in dem mit Vorwärtswasser zusammenhängenden Raum eine Luftverdrängung erzeugt; daher strömt das Wasser schnell zu, wird vom Dampf mitgerissen und pumpt mit diesem vereinigt eine zweite Trichter-düse mit solcher Geschwindigkeit, daß das nunmehr heiße Wasser durch seinen Stoß den Gegenstand der im Kessel obwaltenden Dampfspannung überwindet. Die Wärme des dem Kessel zuvor entnommenen Dampfes kehrt mit dem Speisewasser in den Kessel zurück; durch Ausstrahlung geht nur so viel Wärme verloren, als durch die Erwärmung der Rohrleitung des Injektors absorbiert wird.

**Stettin, 28. Februar.** In einer Küche des Hauses Rosengarten Nr. 75 entstand gestern Abend nach 8 Uhr ein unbedeutender Brand, der von den Hausbewohnern bereits gedämpft war, als die Feuerwehr an Ort und Stelle erschien. — Um 11½ Uhr rückte letztere nach der Oberried aus. In einem am sogenannten Weidenbamm belegenen gänzlich unbewohnten Hause war der Treppengang durchgebrannt und hatte das Feuer sich dem Dachstuhl mitgetheilt, so daß die Flamme bereits vom Dache hinaus brannte. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, dem weiteren Umlagefressen des Feuers — das jedenfalls böswillig angelegt ist — Einhalt zu thun.

— Bei dem Hülf-Comitê für Stettin und Umgegend sind bis vorgestern 7231 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. eingegangen.

— Zum Hauptlehrer an der neuen städtischen Mädchenschule in der Wallstraße ist der Lehrer Thime von der Ottostraße gewählt.

— Der Kaufmann Segle ist als Schiedsmann für den Peitz- und Unterwiesebühl verpflichtet. Substituten derselben sind: Kaufmann Lehmann und Schlossermeister Raywolff.

— Da in sämtlichen Volksschulen gestern verabschiedete Suppenquantum betrug 2975 Portionen.

— Die Pfarre zu Putbus auf Rügen, Privat-Patrons, gelangt durch Vererbung ihres jetzigen Inhabers zur Erledigung und ist am 1. April c. wieder zu besetzen.

— Die Berufung des Oberlehrers Dr. B. in Möhlhausen zum Prorektor und Oberlehrer und die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Buchholz als ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Pyritz ist genehmigt worden.

— Die Wahl des Oberlehrers Dr. Schmeder in Barmen zum Direktor des Dom-Gymnasiums in Colberg ist bestätigt.

— Der mit Wahrnehmung einer Kasernen-Inspektorstelle bei der hiesigen Garnison-Verwaltung beauftragte gemeine Stabscompteur Schöpper ist durch Vererbung des königlichen Kriegs-Ministeriums vom 15. Februar c. in dieser Stelle bestätigt und zum Kasernen-Inspektor ernannt worden.

— Von ein m Boden auf dem Grundstück Speichersstraße Nr. 19 sind am 25. Abends mittels Einbruches circa 12 Scheffel Erbsen und drei neue Getreidesäcke, vom Hofe des Grundstücks Bredowier Antheil Nr. 26 vorgestern Nachmittag ein zum Trocknen aufgehängtes Schmitt und aus einem Verkaufsfale Rosengarten Nr. 59 vorgestern Abend durch drei Burgen verschiedene Fleischwaren entwendet worden. — Vor circa 2 Jahren wurden dem Gutsbesitzer Moses auf Friedrichshof und der Wittve Thiemann zu Grünhof Pferdefedern und Geleuge gestohlen, ebenso dem Kaufmann Salsfeld auf den Rollbergen der Remig ein Stand

Becken und mehrere andere Gegenstände gestohlen. Erst jetzt ist es gelungen, zu ermitteln, daß der hiesige Arbeiter Herm. Winter, welcher derzeit bei M. u. Th. in Arbeit gestanden, jene Diebstähle verübt. Die gestohlenen Sachen sind allerdings längst in die Hände dritter Personen übergegangen.

**Swinemünde, 25. Februar.** (D.-Z.) Der Bau des eisernen Docks hier schreitet sehr rüstig fort. Seit Anfang Januar sind ein Werkführer und eine Anzahl Arbeiter in der vorläufigen Fabrik beschäftigt, es zusammenzustellen. Höchst interessant ist es, dies große, eiserne Gebäude gleichsam aus der Erde wachsen zu sehen. Fertig mit Ausrüstung wird es etwa 40,000 Ctr. wiegen und eine Tragfähigkeit von ca. 50,000 Ctr. besitzen. Anfang Oktober hofft der Meister es vollendet zu haben.

### Vermischtes.

**München, 25. Februar.** Die einst hochberühmte Tragödin Frau Sophie Schröder ist Dienstag den 25. d. Vormittags 8 Uhr, in München mit Tode abgegangen. Sophie Schröder, am 29. Februar 1781 in Paderborn geboren, würde nächsten Sonnabend ihr 87. Lebensjahr vollendet haben, und werden ihre herrlichen Ueberreste zwei Tage vor ihrem Geburtstage, Donnerstag den 27. Februar Nachmittags, dem Schooße der Erde zurückgegeben werden. Sophie Schröder war bekanntlich die Mutter unserer leider zu früh verstorbenen größten dramatischen Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient, welche 1805 während des Engagements Sophiens an der Hamburger Bühne geboren wurde. Wie man sich erinnern wird, verließ Sophie Schröder im Jahre 1813 Hamburg, weil Marschall Davoust sie wegen einer auf der Bühne geäußerten patriotischen Improvisation in das Innere von Frankreich bringen lassen wollte. Ihr künstlerisches Wirken an den Hoftheatern in Wien und München ist bekannt. 1840 wurde Sophie Schröder in Wien pensionirt, im Mai 1854 hat sie jedoch noch einmal bei den Vermählungsfeierlichkeiten des Kaisers Franz Joseph am Wiener Hoftheater auf. Ihre hervorragenden Partien waren: Phädra, Medea, Sappho, Nerone, Lady Macbeth, Königin Elisabeth.

— Ein gräßlicher Fall von Verbrennung wird aus Dessau berichtet: Der Lampenarbeiter Johann Poffelt beging am 20. d. Abends die Unvorsichtigkeit, die auf dem Arbeitstische stehende Petroleumlampe zu fällen, ohne sie vorher anzuzünden. In dem Augenblicke, als er die Flüssigkeit zugeß, zerplatzte die Lampe und nun stand der Unglückliche sofort in hellen Flammen. Die in der Stube anwesenden Familienglieder hatten allerdings die Gefahr gesehen, das Feuer durch Decken zu erlösen, die sie auf den Brennenden warfen und dieser selbst scharte sich, nachdem dies geschehen war, in den Schnee ein, allein er hatte bereits so zahlreiche und schwere Brandwunden erlitten, daß seine Hoffnung für sein Leben bleibt. An einzelnen Stellen, besonders auf der Brust, ist das Fleisch bis auf die Knochen durchgebrannt, so daß letztere zum Vorschein kommen.

### Börsen-Berichte.

**Stettin, 28. Februar.** Witterung: trübe, Temperatur + 7° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99—103 R., feiner 104 R., hunder 98—102 R., weißer 104—108 R., ungarnischer 92—99 R., 83—85 Pfd. Februar 102 R. nom., pr. Frühjahr 101½, 101½ R. bez. u. Br., 101½ R. Br., Mai-Juni 101½ R. Br. Roggen niedriger, schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 76—79 R., feiner 80 R., galiz. pr. Rohn. 76 R. bez., pr. Februar 78 R. bez., Frühjahr 78½, 77½, 78 R. bez. u. Br., Mai-Juni 78½, 77½, 77½ R. Br. u. Br., Juli-August 76 R. Br., Juli-August 71½ R. Br. Gerste stille, pr. 1750 Pfd. loco nach Qualität 53½—58 R., pr. Frühjahr 56 R. Br., 69—70 Pfd. schließt 57 R. Br. Hafer matt, pr. 1300 Pfd. loco 39½—41 R. Br., 47—50 Pfd. Frühjahr 40 R. bez. Erbsen stille, pr. 2250 Pfd. loco 70—74½ R., Frühjahr Futter 73½ R. bez., 73 R. Br. Rappluchen loco 2½ R. bez. Rabel stille, loco 10½ R. Br., März 10½ R. Br., April-Mai 10½ R. Br., Mai-Juni 10½ R. Br., September-Oktober 10½ R. Br. Spiritus matter, loco ohne Faß 20½ R. bez., Februar 19½ R. Br., Frühjahr 20½ R. bez. u. Br., Mai-Juni 20½ R. Br., Juli-August 20 R. Br., Juli-August 20 R. Regulirungs-Preise: Weizen 103, Roggen —, Hafer —, Spiritus 19½.

**Hamburg, 27. Februar.** Getreidemarkt. Für sämtliche Getreidearten bei großer Zurückhaltung der Käufer starke Verkaufslist. Weizen und Roggen loco flau, auf Termine in späten Sichten stark weichend. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 182½, Vankothaler Br. 181½ R., pr. Februar-März 179 R., 178 R. Br., pr. Frühjahr 177½ R., 177 R. Br. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 142 R., 141 R. Br., pr. Februar-März 140 R., 139 R. Br., pr. Frühjahr 137 R. u. Br. Hafer matt. Rabel sehr still, loco 23½, pr. März 23½, pr. Oktober 24. Spiritus ohne Faß, 28½ R. bez. Kaffee rubig. Zink verkauft 500 Ctr. W. E. H. 14 R. 4 Sch. Petroleum fest. — Trübes Wetter.

**Amsterdam, 27. Februar.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen weichend, pr. März 299½, pr. Mai 305½, pr. Juli 290. Raps pr. Oktober 69½.

Stettin, den 28. Februar.

Hamburg	6 Tag.	151½ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
Amsterdam	2 Mt.	151½ B	St. Schanapich-O.	5	—
	8 Tag.	143½ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
	2 Mt.	143½ B	Used. Woll.-Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25½ G	Pr. National-V.-A.	4	119 B
	3 Mt.	—	Pr. Sec.-Assicuranz	4	—
Paris	10 Tag.	81½ bz	Pomerania	4	119 B
	2 Mt.	81½ B	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	Ver. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	87½ G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4¼ ½	Mesch. Zuckersabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4¼	—	Brodower	4	—
	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schläch.	3¼	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3¼	—	St. Dampfschiff-G.	5	—
Pomm.-Pfäbr.	3¼	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
Rentenb.	4	—	Germania	4	100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	4	100 B
Berl.-St.E.A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
	4¼	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P.E.A.	4¼	—	St. Kraftdänger-F.	4	—
Prior.	4	—	Gemeinn. Bangea.	5	—
St. Stadt-O.	4¼	94 B			